

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die **öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Umwelt und Stadtentwicklung Osterholz** am

Donnerstag, 26.10. 2017 um 19.15 Uhr

im Ortsamt Osterholz, Osterholzer Heerstraße 100, 28325 Bremen,

Sitzungsbeginn: 19.15 Uhr Sitzungsende: 20:50 Uhr

TeilnehmerInnen:

Frau Contu	Protokollführung
Herr Dillmann	
Herr Haase	
Herr Last	
Herr Massmann	
Frau Pfeiffer	Vertretung für Herrn Wiedekamp
Herr Sporleder	Ausschusssprecher
Herr Wilkens	

Die Tagesordnung wurde wie folgt beschlossen:

0. Beschluss zur Tagesordnung, Beschlussfähigkeit
1. Aufstellung von Wetterunterständen an Haltestellen der Linie 37 in Richtung Mahndorf und der Linie 37 im Bereich der Hans-Bredow-Straße (Aufstellung von Wetterhäuschen an Nicht-BSAG-Haltestellen, die aber stark frequentiert sind und auch häufig für Ersatzverkehre zur Linie 1 genutzt werden.
2. Weiterentwicklung der Bushaltestelle „Am Bohnenhof“/ Linie 37 (Haltestellenbefestigung ist derzeit nur 50-80 cm breit, aktuell Entstehung des direkt dahinter liegenden Wohngebietes und der „Orangehouses“)
3. Pünktlichkeit der Busse der BSAG unter besonderer Berücksichtigung der Anschlüsse an die Regio-S-Bahn in Mahndorf
4. Installation von elektronischen Fahrtenanzeigern
5. Große Laake, Vorstellung des weiteren Verfahren
6. Sperrung und/ oder Aufhebung von öffentlichen Wegen wegen Bautätigkeit
 - o Verbindungsweg Rethpol- Ehlersdamm
 - o Sperrung der Heiligenbergstraße während der Bauphase
 - o Verkehrssituation auf dem Ehlersdamm
7. Verkehrssituation Osterholzer Dorfstraße
8. Verschiedenes

Gäste:

Herr Degen (BSAG)
Herr Semmelhaack (ZVBN)
Herr Sakuth (Gebr. Rausch)
Herr Budelmann (Polizei, Verkehrssachbearbeiter südlich der Osterholzer Heerstraße)
Herr Dunker (Polizei, Dienststellenleitung Wache Osterholz)

Zu TOP 0: Beschluss zur Tagesordnung, Beschlussfähigkeit

Die Tagesordnung wird beschlossen. Der Fachausschuss ist beschlussfähig. Das Protokoll vom 21.09.2017 muss noch überarbeitet werden.

Zu TOP 1: Aufstellung von Wetterunterständen an Haltestellen der Linie 37 in Richtung Mahndorf und der Linie 740 im Bereich der Hans-Bredow-Straße - BSAG, Weser-Ems-Bus, ZVBN und das Ressort Bau / Abteilung Verkehr einladen (Aufstellung von Wetterhäuschen an Nicht-BSAG-Haltestellen, die aber stark frequentiert sind und auch häufig für Ersatzverkehre zur Linie 1 genutzt werden)

Herr Dillmann (Grüne) erklärt das Problem. Herr Degen (BSAG) und Herr Semmelhaack (ZVBN) antworten.

Bei der Linie 37 Richtung Weserpark besteht das Problem, dass Wartehäuschen erst ab einer Frequenz von mindestens 100 Einstiegen am Tag aufgestellt werden können. Bei einer Zählung im Winter 2016/17 lag die Anzahl unter dieser Grenze. In Richtung Innenstadt fahren die meisten Fahrgäste eher über Sebaldsbrück. In der Gegenrichtung sind sechs Haltestellen ohne Unterstand, da dort ebenfalls weniger als 100 Einstiege am Tag gezählt wurden.

An dieser Situation kann derzeit nichts geändert werden, da Unterstände laut Vertrag erst ab einer Einstiegsanzahl von mindestens 100 Personen am Tag aufgestellt werden dürfen. Zudem steht nur eine begrenzte Anzahl von Unterständen zur Verfügung. Daher muss strikt nach diesen Vorgaben vorgegangen werden. Die Situation soll aber weiter beobachtet werden.

Herr Dillmann (Grüne) erklärt, dass dabei jedoch ein verzerrtes Bild entstünde, da nicht an allen Haltestellen nur die 37 halten, an einigen auch die 740. Laut BSAG ist dieses nur an der Haltestelle Möhlendamm der Fall. Dort gäbe es ca. 20 Einstiege am Tag Richtung Mahndorf.

Herr Dillmann (Grüne) fragt nach, warum nicht alle Einsteiger gezählt würden, da es sich um einen Verkehrsverbund handele und die Tickets für beide Busgesellschaften gelten. Daher müssten an gemeinsamen Haltestellen auch alle Einsteiger gezählt werden. Herr Degen erklärt, dass es vermutlich trotzdem nicht ausreichen würde.

Aus dem Publikum kommt die Frage, wer die Grenze von 100 Einstiegen festgelegt habe. Im Vergleich zu Ostfriesland schneide Bremen schlecht ab. Dort sei es offenbar möglich, Unterstände auch bei geringen Einstiegszahlen zu bauen. Es wird die Frage gestellt, mit wem man reden müsse. Herr Degen erklärt, dieses sei ihm nicht bekannt, die Grenze stünde jedoch fest. Aufgabenträger sei die BSAG.

Herr Haase (SPD) schlägt vor, zur nächsten Sitzung am 23.11. 2017 einen schriftlichen Antrag zu formulieren.

Herr Wilkens (SPD) fragt nach den Kosten pro Unterstand. Herr Degen erklärt, diese Kosten seien ihm nicht bekannt.

Bei der Linie 740 (ZVBN) besteht das Problem, dass die Unterstände nicht mit Werbung finanziert werden könnten. Bei der ZVBN sind keine 100 Einstiege am Tag erforderlich. Es sei auch kaum möglich, diese Anzahl zu erreichen. Die meisten Haltestellen haben Unterstände. Es gäbe einen Vertrag über einen anderen Werbeträger. Die Errichtung anderer Unterstände sei nicht erlaubt. Hier sei das ASV zuständig. Die Unterstände müssten jedoch auch unterhalten werden. Ein Unterstand koste ungefähr 10.000,00€. Hinzu käme jedoch der Ausbau, also zu Barrierefreiheit. Der ZVBN sei nicht der Straßenbaulastträger. Die Forderung sei vorstellbar. Bau und Unterhalt liefen jedoch über das ASV.

Herr Sporleder (CDU) schlägt vor, dann einen Antrag zu stellen.

Herr Last (Linke) fragt, warum nicht die roten Unterstände genommen werden könnten, die an Baustellen stünden. Herr Degen erklärt, dass diese Unterstände eben nur bei Baustellen genutzt werden könnten und mit den Baustellen „wandern“.

Herr Maßmann (SPD) fragt, ob nicht die Werbeeinnahmen für den Unterhalt genutzt werden könnten. Das Thema solle auch in der Beirätekonzferenz besprochen werden, da es ein generelles Problem sei.

Herr Dillmann (Grüne) merkt an, dass dieses wohl ohnehin geschehe, außer bei den Haltestellen, die nur für die ZVBN/ Weser-Ems-Bus sein. Eventuell könnte der Weserpark sich an den Kosten beteiligen, da der Ausbau auch im Interesse des Weserparks wäre.

Aus dem Publikum kommt die Frage nach der provisorischen Einmündung am Ehlersdamm. Die BSAG erklärt, dass diese Umleitung morgen beendet sei.

Zu TOP 2: Weiterentwicklung der Bushaltestelle „Beim Bohnenhof“/ Linie 37 (Haltestellenbefestigung ist derzeit nur 50-80 cm breit, aktuell Entstehung des direkt dahinter liegenden Wohngebietes und des „Orangehouses“)

Herr Dillmann (Grüne) erläutert die Situation. Es wird eine starke Nutzung der Haltestelle erwartet. Zurzeit sei der Zustand für Rollstuhlfahrer oder Kinderwagen unhaltbar. Die BSAG erklärt, sie sei nicht zuständig. Straßenbaulastträger sei das ASV. Herr Dillmann (Grüne) vergleicht die Situation mit dem

großen Kuhkamp. Die BSAG erklärt, dass man für diese Probleme derzeit keine Lösung wisse. Die Straße sei zu schmal, ein weiterer Ausbau sei ohne Grunderwerb nicht möglich. Herr Sporleder (CDU) schlägt die Aufnahme des Themas als dritten Punkt in den o.g. Antrag vor. Die BSAG sagt zu, sich intern weiter zu informieren und die Frage auch an das ASV weiterzugeben.

Zu TOP 3: Pünktlichkeit der Busse der BSAG unter besonderer Berücksichtigung der Anschlüsse an die Regio-S-Bahn in Mahndorf

Herr Dillmann (Grüne) erläutert die Situation. Insbesondere die Linie 37 habe am Bahnhof Mahndorf fast immer Verspätung, so dass Fahrgäste regelmäßig den Zug verpassen würden. Die BSAG erklärt, dass die Fahrtzeiten jährlich gemessen würden, zuletzt im April/ Mai 2017. Der Eindruck könnte daher bestätigt werden. Insbesondere zum Schichtwechsel bei Mercedes kommt es zu Verspätungen. Man könne nur leider derzeit noch nichts tun, da es zu keiner Busspur gäbe. Es sei jedoch geplant, den Fahrplan anzupassen, um längere Umsteigezeiten am Bahnhof Mahndorf zu ermöglichen. Zum nächsten Jahresfahrplan sollen 12-13 Minuten Umsteigezeit eingeplant werden. Herr Dillmann (Grüne) erklärt, dass das eventuell wieder zu viel sei. Ob es nicht möglich sei, eine Umsteigezeit von 7-8 Minuten einzuplanen. Die BSAG erklärt, dass dieses zumindest zum nächsten Jahresfahrplan nicht möglich sei. Es müssten auch Umlaufpläne der Busse. Bisher habe man eine durchschnittliche Verspätung von 3-4 Minuten, jedoch eine starke Streuung. Aus dem Publikum kommt der Hinweis, dass es bei dieser Taktung gerade mit Kinderwagen unmöglich sei, den Zug zu bekommen. Die BSAG erklärt, dass es einen Zielkonflikt gäbe: entweder eine kurze Wartezeit oder ein sicherer Anschluss. Acht Minuten würden in 80% der Fälle ausreichen. Man wolle noch einmal überprüfen, ob eine Taktung von acht Minuten möglich sei. Dieses sei zum nächsten Jahresfahrplan jedoch nicht umzusetzen. Herr Wilkens (SPD) fragt, ob bei dieser Taktung der Schichtwechsel bei Mercedes bereits berücksichtigt sei. Laut Mercedes ist dieses schwierig. Es müsse geprüft werden, ob die Fahrtzeiten zu den einzelnen Uhrzeiten entsprechend neu berechnet werden könnten.

TOP 4: Installation von elektronischen Fahrtenanzeigern

Herr Dillmann (Grüne) erläutert die Situation. Insbesondere am Osterholzer Friedhof und an der Osterholzer Heerstraße gäbe es verschiedene Abfahrtsorte der einzelnen Busse. Die BSAG erklärt, dass Fahrtenanzeiger grundsätzlich nur an Haltestellen aufgestellt werden könnten, an denen Straßenbahnen fahren würden. Am Ausbau für Bushaltestellen würde gearbeitet. Man probiere derzeit günstigere Anzeigen aus. Diese Prüfung würde zwei Jahre dauern, also bis 2019. Vor 2019 sei keine Ausstattung bestehender Haltestellen möglich. Dieses könne nur bei kompletten Neubauten eingeplant werden. Herr Dillmann (Grüne) bittet darum, bei einer eventuellen Rangfolge die o.g. Haltestellen zu berücksichtigen. Die ZVBN erklärt, dass die Ausstattung gerade aufgrund des Stromanschlusses sehr teuer sei. Bei Batterien sei die Lesbarkeit deutlich schlechter. Herr Semmelhaack verweist auf die App. Eine Möglichkeit bestünde eventuell über Computerbildschirme. Diese könnten in Schaufenstern aufgestellt werden. Am Weserpark würde dieses bereits durchgeführt. Wenn Geschäften interessiert wären, könnte man diese Möglichkeit gerne prüfen. Die Kosten lägen bei ca. 2.000,00€.

TOP 5: Große Laake

Herr Sakuth (Fa. Gebr. Rausch) erläutert das Projekt. Geplant sind Reihenhäuser sowie ein Mehrfamilienhaus und ein Blockheizkraftwerk. Mittelpunkt soll der Baumbestand sein. Die Häuser sollen sich um die Bäume gruppieren. Der Bereich solle von Norden her erschlossen werden. Erforderlich sei ein neuer Bebauungsplan. Der Abbruch habe bisher sehr gut geklappt. Die Häuser hätten alle leer gestanden. Fa. Rausch wolle den Ämtern zuarbeiten, damit der neuen Bebauungsplan realisiert werden könne. Ein Problem sei privater Müll, der oft auf der Baustelle abgeladen würde. Der Zaun zum Ortsamt zur Baustelle solle stehenbleiben. Insgesamt habe es bisher kein schwieriges Problem gegeben. Alles funktioniert gut.

Man hoffe auf eine gute Durchmischung der Altersstruktur und eventuell auf einen Zuzug aus Niedersachsen. Die gesperrte Durchwegung solle wieder geöffnet werden und weiterhin bestehen. Das Gebiet solle auch weiterhin Große Laake heißen und werde unter diesem Namen beworben. Die Bauhöhe sei viergeschossig geplant. Im Mehrfamilienhaus sollen 4 Maisonette-Wohnungen, 12 Wohnungen zu 60 m² (2,5 Zimmer) und vier Wohnungen zu 100m² (4 Zimmer) entstehen. Auch Stellplätze seien in ausreichender Menge vorgesehen. Die Breite der Reihenhäuser soll 5,50 Meter betragen. Wie viele Bäume gefällt werden müssten, sie noch nicht klar. Das Gutachten sei erst heute zurückgekommen. Es sollten möglichst viele Bäume bleiben.

TOP 6: Sperrung und/ oder Aufhebung von öffentlichen Wegen wegen Bautätigkeit (Verbindungsweg Rethpol- Ehlersdamm, Große Laake, Fahrrad- und Fußweg parallel zur Graubündner Straße zur GS Ellenerbrokweg)

Die Umleitung der Linie 37 soll Morgen (27.10.2017) beendet werden.

Aus dem Publikum wird berichtet, dass es schwierig gewesen sei, den jetzt zuständigen Sachbearbeiter bei der Polizei zu finden. Es wird darum gebeten, dass der Beirat sich informieren möge, wann ein fester neuer Verkehrssachbearbeiter käme. Herr Sporleder (CDU) erklärt, dass der Beirat auch gerne möglichst bald einen festen Sachbearbeiter hätte.

Herr Budelmann stellt sich vor und erklärt, welchen Bereich er in der nächsten Zeit vertreten wird. Für den Bereich südlich der Heerstraße ist er zunächst der Ansprechpartner, allerdings ausschließlich in verkehrsrechtlichen Angelegenheiten.

Zur Posthauser Straße erklärt Herr Budelmann, dass die Sperrung aus baulichen Gründen sofort nötig gewesen sei. Die Sperrungen gingen allerdings nach nacheinander. Für manche Baumaßnahmen werde Trockenheit benötigt (zB Schwarzdecke aufbringen). Daher habe es etwas gedauert.

Herr Dillmann (Grüne) erkundigt sich nach den Verbindungswegen/ Schulwegen, insb. Rethpool - Ehlersdamm, Große Laake, Graubündner Straße- Waldorf Schule und Pfälzer Weg. Herr Budelmann erklärt, dass er genauso an Sperrungen herangehen wird wie Herr Biese in den letzten Jahren und dass er keine Ausnahmen machen wird bei Durchgangswegen für Rettungsdienste und der Sicherheit insb. von Kindern und Rollstuhlfahrern. Während einer Baustelle habe Sicherheit Vorrang. Bei größeren Sperrungen, Umleitungen etc. würde er bei Emails daher immer das Ortsamt in „cc“ setzen und informieren. Im Pfälzer Weg sei eine Komplettsperrung wegen Reparaturen an einer Fernwärmeleitung erforderlich gewesen. Die Arbeiten sollen bis Ende November beendet sein. In der Graubündner Straße sei heute ein Antrag auf Verlängerung der Baustelle eingegangen. Der Bauausschuss würde demnächst über das Ortsamt informiert werden. Aus dem Publikum kommt die Frage, wann der Fußweg in der Scholener und Posthauser Straße wiederhergestellt werde. Herr Budelmann erklärt, er habe eine Ortsbegehung mit der Bauleiterin Frau Hammer durchgeführt. Dabei habe sich herausgestellt, dass zwei Parkplätze hätten gesperrt werden müssen. Der Weg musste kurz gesperrt werden und wird wiederhergestellt werden. DA eine Schwarzdecke aufgebracht wird, wird der Weg wahrscheinlich besser sein als vorher. Aus dem Publikum kommt die Frage, ob es sich lohnen würde, Druck aufzubauen, um die Wendehaltestelle Kuhkamp mit Fuß- und Radweg auszubauen. Herr Budelmann erklärt, dass das ASV für Erhaltungsmaßnahmen zuständig sei. Er werde mit den Anwohnern des Kuhkamps (Herrn Dräger) einen Termin vereinbaren.

TOP 7: Verkehrssituation Osterholzer Dorfstraße

Auf Nachfrage von Herrn Förster (Anwohner) erklärt Herr Sporleder (CDU), dass das Anliegen weitergeleitet worden sei und man derzeit auf eine Antwort des ASV warte. Herr Förster weist darauf hin, dass es einen Unfall gegeben habe und fragt die Polizei, was zum Schutz der Menschen getan werden solle. Die Anwohner hätten eine Bürgerinitiative gegründet. Er reicht eine Unterschriftenliste mit Forderungen ein. Herr Sporleder (CDU) erklärt erneut, dass man ohne die Antwort des ASV nichts tun könnte. Herr Haase (SPD) weist Herrn Förster darauf hin, dass die Beiratsmitglieder ehrenamtlich tätig seien und einen vernünftigen Umgangston erwarten würden.

TOP 8: Verschiedenes

Aus dem Publikum kommt die Frage nach dem Fortgang der Planungen des Ärztehauses am Klinikum Bremen- Ost. Ein Beschluss aus dem Jahr 2015 wird zitiert. Herr Haase (SPD) teilt mit, dass man sich für den aktuellen Stand am besten mit dem Ortsamtsleiter in Verbindung setzen sollte. Das Thema werde im Übrigen eher im Gesundheitsausschuss besprochen.

Es gibt keine weiteren Themen. Herr Sporleder schließt die öffentliche Sitzung um 20.50 Uhr.

Bremen, den 30.10.2017

gez. Klaus-Peter Sporleder
(Sitzungsleitung und Ausschusssprecher)

gez. Christina Contu
(Protokollführung)